

## Fragen

für die Fragestunde der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 27. Februar 2013

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD) .....	34, 75	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47, 48
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27, 45	Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	46, 82
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	30, 31	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	28, 29
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) .....	49, 50	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.) .....	25	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	4, 5
Brase, Willi (SPD) .....	17, 18	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	56, 78
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	73, 74
Burchardt, Ulla (SPD) .....	62, 63	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	19, 20
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	36, 81	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	16
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32, 33	Lischka, Burkhard (SPD) .....	8, 9
Egloff, Ingo (SPD) .....	85, 86	Lösekrug-Möller, Gabriele (SPD) .....	21, 22
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	53, 54	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Gerdes, Michael (SPD) .....	64, 65	Dr. Mützenich, Rolf (SPD) .....	83
Grund, Manfred (CDU/CSU) .....	72	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	76, 77
Hagemann, Klaus (SPD) .....	70	Pflug, Johannes (SPD) .....	79, 80
Herzog, Gustav (SPD) .....	43, 44	Röspel, René (SPD) .....	68, 69
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	57	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD) .....	60, 61
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	55, 71	Schaaf, Anton (SPD) .....	23, 24
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) .....	12, 13	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD) ....	66, 67
Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1, 84	Schulz, Swen (Spandau) (SPD) .....	58, 59
		Schwabe, Frank (SPD) .....	51, 52

---

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) . . . . .	39, 40	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	10, 11
Steffen, Sonja (SPD) . . . . .	6, 7	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) . . . . .	14, 15
Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	26	Weinberg, Harald (DIE LINKE.) . . . . .	41, 42

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	20
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	22



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

1. Abgeordnete  
**Ingrid Hönlinger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Weshalb hat die Bundesregierung am 30. November 2012 per E-Mail die Vorschläge zu „Änderungen im Umwandlungsrecht und Folgeänderungen anlässlich der Aktienrechtsnovelle 2012“ (Anlage\_121209\_§144aUmwG-EKonzernausgliederungen\_Bruegel.pdf und Anlage\_121109\_GE\_UmwR\_HoffmannBecking.pdf) an die am Gesellschaftsrecht interessierten Verbände geschickt und diese um Stellungnahmen gebeten?
2. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verfasser der „Änderungen im Umwandlungsrecht und Folgeänderungen anlässlich der Aktienrechtsnovelle 2012“, welche das Bundesministerium der Justiz am 30. November 2012 per E-Mail an die am Gesellschaftsrecht interessierten Verbände geschickt hat, und inwieweit unterstützt die Bundesregierung den Inhalt der Anhänge dieser E-Mail (Anlage\_121209\_§144aUmwG-EKonzernausgliederungen\_Bruegel.pdf und Anlage\_121109\_GE\_UmwR\_HoffmannBecking.pdf)?
3. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Erwägt die Bundesregierung, die vom Bundesjustizministerium am 30. November 2012 an die am Gesellschaftsrecht interessierten Verbände versandten „Änderungen im Umwandlungsrecht und Folgeänderungen anlässlich der Aktienrechtsnovelle 2012“ (Anlage\_121209\_§144aUmwG-EKonzernausgliederungen\_Bruegel.pdf und Anlage\_121109\_GE\_UmwR\_HoffmannBecking.pdf) in das parlamentarische Verfahren zu geben, und wenn ja, in welcher Form?
4. Abgeordneter  
**Memet Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie begründet das Bundesministerium der Justiz, dass „die Vermeidung von Mehrstaatigkeit eines der prägenden Elemente des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts“ bzw. „Ausdruck der einheits- und staatsbildenden Funktion der Staatsangehörigkeit“ sein soll (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fragen 29 bis 32 auf Bundestagsdrucksache 17/8268)?

- 
5. Abgeordneter  
**Memet Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt das Bundesjustizministerium die Aufrechterhaltung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht, wenn die mit diesem Grundsatz angestrebte „enge Bindung an Deutschland“ nicht nur – wie zunächst behauptet – durch einen deutschen Elternteil vermittelt werden kann, sondern nun auch „durch einen langandauernden Aufenthalt“ in Deutschland (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12321, Antwort zu Frage 9)?
6. Abgeordnete  
**Sonja Steffen**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Verlängerung der strafrechtlichen Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Kindern und minderjährigen Schutzbefohlenen für geboten, und wenn ja, welche Lösung favorisiert die Bundesregierung?
7. Abgeordnete  
**Sonja Steffen**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung einen Entwurf zur Verlängerung der strafrechtlichen Verjährung vorlegen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
8. Abgeordneter  
**Burkhard Lischka**  
(SPD)
- Soll der laut NETZPOLITIK.ORG vom Bundesministerium des Innern geplante Einsatz kommerzieller Produkte zur Quellen-TKÜ (TKÜ = Telekommunikationsüberwachung) auch im Bereich der Strafverfolgung durch Bundesbehörden erfolgen, solange das Bundeskriminalamt (Kompetenzzentrum für Informationstechnische Überwachung) die Entwicklung einer Überwachungssoftware für die Quellen-TKÜ noch nicht abgeschlossen hat, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?
9. Abgeordneter  
**Burkhard Lischka**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Generalbundesanwaltes, nach der die Strafprozessordnung derzeit keine verfassungsgemäße Ermächtigung zum Einsatz von Quellen-TKÜ zur Strafverfolgung enthält?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

10. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik an den Sparpaketen, die Griechenland als Bedingung für die Gewährung von Garantien (Rettungsschirmen) von der Troika auferlegt wurden, nachdem diese von den Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) Oliver Blanchard und Daniel Leigh mit der Feststellung bestätigt wurden, der IWF habe die negativen Folgen für die Volkswirtschaft nicht vorhersehen können und man habe den Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Binnennachfrage unterschätzt (taz.die tageszeitung, 16. Februar 2013), und ist die Bundesregierung nunmehr bereit, die Sparzwänge für Griechenland und andere EU-Länder aufzuheben und Sparauflagen zu Lasten der Armen und gering Verdienenden nicht mehr zuzulassen?
11. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche in Deutschland niedergelassenen oder tätigen großen Unternehmen (wie etwa Google, Apple, Amazon, Starbucks), die in einem der wichtigsten Börsenindizes geführt werden (der Deutschen Börse AG: z. B. DAX, SDAX, MDAX, TecDAX; in EuroStoxx50, DowJones, Nikkei225, S&P500, NASDAQ100, FTSE100, SMI, AEX oder in RTS), führen nach Kenntnis der Bundesregierung auf ihre im Ausland und speziell in Deutschland erzielten Unternehmensgewinne Steuern lieber in anderen Staaten nur in Höhe von unter 20 Prozent ab (etwa in den USA, Irland, den Niederlanden, Zypern oder den karibischen Staaten), und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung kurz- und mittelfristig gegenüber diesen Unternehmen (etwa den vom Steuerabteilungsleiter des Bundesministeriums der Finanzen gelisteten und in Vorträgen publizierten US-Konzernen, vgl. DIE WELT, 19. Februar 2013) sowie bezüglich der o. g. Staaten mit solchen Niedrigsteuerangeboten, v. a. der EU-Staaten, die EU-Finanzhilfen erhielten, erhalten bzw. wünschen, ergreifen?
12. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche Richtlinien wurden für die kostenlose Gestaltung von Parkplätzen an (beamtete) Mitarbeiter/-innen der Bundesministerien in dieser Legislaturperiode erlassen, und wie ist die Parkplatzgestaltung lohnsteuerlich zu behandeln?

13. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus dem Umstand, dass nach dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 28. Dezember 2012 die §§ 43 bis 45d des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestages vom 25. Oktober 2012 (Bundratsdrucksache 632/12) vorläufig anzuwenden sind, gleichwohl die in dem Schreiben angekündigte Gesetzesänderung sich im Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften nicht wiederfindet und die Bundesregierung erklärt hat, dass weitere Änderungen aus dem ursprünglichen Jahressteuergesetz 2013 nicht eingebracht werden sollen, und sieht die Bundesregierung durch die zunehmende Anzahl von Ausnahmeregelungen bei der Erhebung der Kapitalertragsteuer fiskalische Gefahren für das Steueraufkommen?
14. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass gemäß den Ausführungen des Finanzgerichts Baden-Württemberg (Urteil vom 17. Dezember 2012 – 9 K 1637/10) in bestimmten Fällen der Abzug von Werbungskosten bei den Einkünften aus Kapitalvermögen in tatsächlicher Höhe möglich ist, und aus welchem Grund wird gemäß der Verwaltungsauffassung eine Anrechnung z. B. gemäß den §§ 35, 35a, 35b des Einkommensteuergesetzes nicht auf die Abgeltungsteuer zugelassen?
15. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung der Begriff der aggressiven Steuerplanung zu definieren, und welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um aggressive Steuerplanungen einzudämmen?
16. Abgeordnete  
**Monika Lazar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Adoptionsrecht, und welche Maßnahmen wird sie zur steuerlichen Besserstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ergreifen?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

17. Abgeordneter  
**Willi  
Brase**  
(SPD)      Wie viele Jugendliche befanden sich zum Ende des so genannten fünften Quartals in einer EQ-Plus-Maßnahme (EQ = Einstiegsqualifizierung), und nach welchen Kriterien wurde ihnen eine EQ nicht zugewiesen?
18. Abgeordneter  
**Willi  
Brase**  
(SPD)      Wie viele Jugendliche wurden nach erfolgreich absolvierter EQ bzw. EQ-Plus-Maßnahme 2012 in eine duale Ausbildung übernommen, und wie viele von ihnen waren Jugendliche mit Migrationshintergrund (bitte um eine Differenzierung nach Geschlecht)?
19. Abgeordneter  
**Markus  
Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      In welcher Höhe erhofft sich die Bundesregierung Einnahmen bei einer möglichen Rückerstattungsfor-derung an die Bundesländer bezüglich der nicht verausgabten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepa-cket für das Jahr 2012 (siehe DER SPIEGEL vom 18. Februar 2013), und wie viele der rund 2,5 Millio-nen anspruchsberechtigten Kinder haben schät-zungsweise im Jahr 2012 keine ihnen zustehenden Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket er-halten?
20. Abgeordneter  
**Markus  
Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Auf welcher Rechtsgrundlage erhebt die Bundes-regierung mögliche Rückerstattungsforderungen an die Bundesländer, und ist die Bundesregierung gege-benenfalls gewillt, auf eben dieser Grundlage die Rückerstattung nicht verausgabter Mittel gerichtlich einzuklagen?
21. Abgeordnete  
**Gabriele  
Lösekrug-Möller**  
(SPD)      Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregie-rung zum Schutz von Hinweisgebern vor dem Hin-tergrund der Geschehnisse im Pferdefleischskandal?
22. Abgeordnete  
**Gabriele  
Lösekrug-Möller**  
(SPD)      Sind nach Ansicht der Bundesregierung die in den Anträgen der Fraktionen DIE LINKE. (17/7985), SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (17/10094) formulierten Lösungsvorschläge geeignet, den Interessen der Betroffenen, die eine Zahlung ih-rer Ghettorenten ab 1997 nicht erst ab dem Jahr 2005 fordern, gerecht zu werden?

23. Abgeordneter  
**Anton  
Schaaf**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 10. Dezember 2012 vom Einzel-sachverständigen Dr. Jan-Robert von Renesse ver-tretene Auffassung, dass der Verwaltungsaufwand für eine rentenrechtliche Lösung zur rückwirkenden Zahlbarmachung von Ghettorenten ab 1997 wegen der bereits bei der Deutschen Rentenversicherung erprobten einschlägigen Verfahren eher gering wäre und zeitlich nur wenige Wochen umfassen würde?
24. Abgeordneter  
**Anton  
Schaaf**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus ihrer Einschätzung (Berichterstattung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Aus-schuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bun-destages am 16. Januar 2013, TOP 3 der 120. Sit-zung), dass eine weitere pauschale Entschädigungs-zahlung aus Sicht der Betroffenen deren Interessen offenbar am wenigsten entspricht, und bis wann wird die Bundesregierung ein ihren Erkenntnissen entsprechendes Ergebnis für eine Lösung vorweisen können?
25. Abgeordneter  
**Matthias W.  
Birkwald**  
(DIE LINKE.)
- Welche Position hat die israelische Regierung auf dem Ende Januar 2013 stattgefundenen Treffen mit der Bundesregierung zur rückwirkenden Zahlbar-machung von Renten nach dem Gesetz zur Zahlbar-machung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) ab dem Jahr 1997 vertreten, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregie-rung aus diesem Gespräch?
26. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang  
Strengmann-Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung nach der öffentlichen An-hörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 10. Dezember 2012 die Notwendigkeit, in der Frage der Ghettorenten ge-setzgeberisch oder anderweitig tätig zu werden, um eine rechtliche und politische Lösung zugunsten der noch lebenden Ghettoarbeiterinnen und Ghettoar-beiter herbeizuführen?
27. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund wird die Lösung zur rückwir-kenden Zahlbarmachung von Renten nach dem ZRBG ab dem Jahr 1997, die zwischen dem Bun-desministerium für Arbeit und Soziales und der israelischen Regierung gefunden wurde, nicht umge-setzt?

28. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Problematik der Ghettorenten zur Einbeziehung jener ehemaligen Ghettoarbeiter in eine gesetzgeberische Lösung, die – nach Angaben einiger Sachverständiger in der Anhörung – in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des ZRBG keine Anträge gestellt haben, weil sie von der offensichtlichen Aussichtslosigkeit eines Antrags überzeugt waren, da damals die Ablehnungsquoten über 90 Prozent betragen haben?
29. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu – wie den Stellungnahmen einiger Sachverständiger zur Anhörung zu entnehmen ist –, dass in Polen lebende ehemalige Ghettoarbeiter keine Rentenzahlungen erhalten, und was will die Bundesregierung unternehmen, um auch diesen Ghettoüberlebenden zu ihren Rentenansprüchen zu verhelfen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

30. Abgeordnete  
**Cornelia  
Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem „Umsetzungsbericht 2012 zu den Aalbewirtschaftungsplänen der deutschen Länder 2008“, und welche über die bisherigen Maßnahmen hinausgehenden planen die Bundesregierung und – nach Kenntnis der Bundesregierung – die EU-Kommission angesichts der Feststellung des International Council for the Exploration of the Sea (ICES) vom November 2011, der Zustand des Aalbestands bleibe kritisch und Aktivitäten seien dringend nötig sowie der Empfehlung des ICES für 2012, die anthropogene Aalsterblichkeit, die die Reproduktion von Aalen beeinträchtigt, so nah wie möglich in Richtung null zu reduzieren, bis es klare Belege gibt, dass der Bestand und die Reproduktion von Aalen wieder steigen (z. B. Verbot des Glasaalverzehr, technische Vorgaben zur Senkung der Mortalität beim Glasaalfang, Besatz nur in Gewässern, in denen ein ausreichender Fischabstieg möglich ist, höhere Mindestfanggröße, Fangverbot für Blankaal, technische Vorgaben zur Senkung der Mortalität an Wasserkraftwerken)?

31. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus neuesten Forschungsergebnissen, denen zufolge Aale, die in Flüssen und Seen leben, eine geringere Chance haben, sich fortzupflanzen als ihre Artgenossen, die in Küstengewässern schwimmen, für die Frage, ob heimische Gewässer mit Aalen besetzt werden sollten?
32. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den bisherigen Vorschlag der EU-Kommission für Zulassungsbeschränkungen bei Saatgutbeizmitteln mit den bienengefährdenden Neonicotinoidwirkstoffen Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam basierend auf einem aktuellen Bericht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), und inwieweit wird die Bundesregierung zur Vermeidung von Bienenschäden bei der voraussichtlichen Abstimmung über den Kommissionsvorschlag im März 2013 im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit einer Einschränkung der Verwendung von Neonicotinoiden zustimmen?
33. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem EFSA-Bericht zur Bienengefährlichkeit von Neonicotinoiden in Bezug auf die wiederholt erteilten befristeten Ausnahmegenehmigungen für Beizmittel auf Basis von Neonicotinoiden beispielsweise zur Bekämpfung von Drahtwürmern?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

34. Abgeordneter  
**Dr. Hans-Peter Bartels**  
(SPD)
- Wann sind oder waren die Außenposten des Marinefliegergeschwaders 5 in Warnemünde und auf Helgoland nach dem 1. September 2012 mit einsatzklaren Sea-King-Hubschraubern besetzt?
35. Abgeordnete  
**Agnes Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Französischen Republik zur Entwicklung einer gemeinsamen deutsch-französischen oder europäischen Drohne (MALE), und welche Fähigkeiten soll diese ggf. haben (ausschließlich Aufklärungsdrohne oder waffenfähiges unbenanntes Luftfahrzeug)?

36. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Beteiligung ehemaliger Bundeswehrsoldaten an Kampfhandlungen bzw. bewaffneten Verbänden in den vergangenen zwei Jahren in Syrien und Libyen vor, und welche Anstrengungen hat sie bislang unternommen, um über deren Aktivitäten und damit mögliche Verstöße gegen das deutsche Soldatengesetz Informationen zu gewinnen?
37. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gehört es zu den Aufgaben eines deutschen Militärattachés, Rüstungsunternehmen über ihre Marktchancen im jeweiligen Gastland aufzuklären, und wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass in Mexiko entsprechende Vorträge vom ansässigen Militärattaché gehalten werden?
38. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Personal hat die Bundeswehr zur Waffenmesse IDEX 2013 in Abu Dhabi entsandt, und zu welchem Zweck wurde es jeweils eingesetzt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

39. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Kinder und Jugendliche aus Deutschland konnten 2012 am – durch den Bund geförderten – internationalen Kinder- und Jugendaustausch teilnehmen (bitte die jeweiligen Programme und Länder nennen), und wie viele davon waren Kinder und Jugendliche mit Behinderung?
40. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung Probleme bei der (inklusive) Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung an dem internationalen Kinder- und Jugendaustausch, und in welcher Weise fördert die Bundesregierung deren Teilnahme durch zusätzliche Aktivitäten und Förderungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

41. Abgeordneter  
**Harald Weinberg**  
(DIE LINKE.) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, den Totenschein zukünftig als letzte Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abzurechnen und so trauernden Angehörigen Verstorbener diese zusätzliche finanzielle und psychische Belastung zu ersparen?
42. Abgeordneter  
**Harald Weinberg**  
(DIE LINKE.) Wie hoch wären in etwa die Kosten für die GKV pro Jahr, und wie hoch wären die Einsparungen bei Abschaffung des Sterbegeldes 2004?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

43. Abgeordneter  
**Gustav Herzog**  
(SPD) Wann hat sich der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, persönlich dafür in Brüssel eingesetzt, dass ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem in Deutschland installiert wird, die Zulassung von LL-Sohlen beschleunigt wird und Graugusssohlen langfristig vom Markt genommen werden, um eine schnelle Umrüstung lauter Güterwagen sicherzustellen, und wann hat der Bundesverkehrsminister einen seiner Staatssekretäre als Vertreter entsandt, um ihn bei diesen Verhandlungen in Brüssel zu vertreten?
44. Abgeordneter  
**Gustav Herzog**  
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, dass der Zuschlag einer lärmabhängigen Entgeltkomponente um 1 Prozent des Trassenpreises angesichts allgemeiner Trassenpreiserhöhungen um jährlich mehrere Prozent einen wirksamen Anreiz für Wagenhalter darstellt, ihre Güterwagen auf leisere Bremssohlen umzurüsten, und aus welchen Gründen wird das lärmabhängige Trassenpreissystem bis zum 1. Juni 2013 ausgesetzt, obwohl es doch technologieoffen entwickelt wurde und damit nicht an die Zulassung der LL-Sohle gekoppelt sein dürfte?

45. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann und auf welcher Grundlage hat die Bundesregierung beschlossen, in der Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bahn AG am 5. März 2013 die Übernahme der Mehrkosten von bis zu 2 Mrd. Euro für das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 zu genehmigen?
46. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Auf welchen Flächen werden Drohnen gleich welcher Gewichtsklasse in Deutschland bislang bzw. zukünftig von Behörden des Verkehrs, des Innern, der Verteidigung und der Forschung getestet, und welche Details kann die Bundesregierung zu Simulationen und Praxistests mitteilen, die bis 2016 von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (Köln) bzw. deutschen Behörden bezüglich der Integration von Drohnen in den zivilen Luftraum (Single European Sky) durchgeführt wurden oder werden sollen (insbesondere zu Testgebieten, dort getesteten Drohnen, durchführenden Behörden oder Unternehmen)?
47. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit würde das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dem jeweiligen Bundesland Vorgaben und Beschränkungen auferlegen, wenn dieses beabsichtigt, die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Autobahnprojekte nach dem A-Modell prüfen zu lassen, und welche Vorgaben bzw. Beschränkungen wären möglich?
48. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Vereinbarungen gibt es zwischen dem Bund und den Bundesländern zur Durchführung von ÖPP-Projekten (ÖPP = Öffentlich-Private Partnerschaft) nach dem A-Modell im Rahmen der Auftragsverwaltung, und welche konkreten Inhalte haben diese jeweiligen Vereinbarungen, beispielsweise im Hinblick auf die Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Land, die Einrichtung von gemeinsamen Arbeitsgruppen, die Verfahrensdurchführung (inklusive Zeitplan), den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren, die Allokation der Kosten und die Vertraulichkeit aus Sicht des Landes?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

49. Abgeordnete  
**Veronika  
Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Welche juristische Person oder welche Institution ist nach Kenntnis der Bundesregierung im Planfeststellungsverfahren bzw. hinsichtlich der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der Errichtung des Windparks Moldava auf deutscher Seite klageberechtigt?
50. Abgeordnete  
**Veronika  
Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Welche formalen Voraussetzungen, insbesondere hinsichtlich von Auslegungs- und Stellungnahmefristen, müssen bei Beteiligung der Öffentlichkeit in der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung zur Errichtung des Windparks Moldava erfüllt werden, und inwieweit könnte nach Auffassung der Bundesregierung durch einen Antrag auf einstweilige Verfügung der Sofortvollzug verhindert werden?
51. Abgeordneter  
**Frank  
Schwabe**  
(SPD)
- Auf welcher Datengrundlage kommt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, zu der Aussage, dass sich die Kosten der Energiewende bis Ende der 30er-Jahre dieses Jahrhunderts auf rund 1 Bio. Euro summieren könnten, wie er am 19. Februar 2013 im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mitteilte?
52. Abgeordneter  
**Frank  
Schwabe**  
(SPD)
- Welche Kosten würden nach Ansicht der Bundesregierung im Stromsektor bis Ende der 30er-Jahre dieses Jahrhunderts ohne Ausbau der erneuerbaren Energien entstehen (Kosten für die Erneuerung des Kraftwerkparks, des Ausbaus bzw. der Ertüchtigung der Netze, Kosten für fossile Brennstoffe etc.)?
53. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Berechnungen (bitte mit Quellenangabe) liegen der Bundesregierung vor, die darauf hinweisen, dass die Energiewende bis zum Jahr 2040 1 Bio. Euro kosten wird, und wie verteilen sich diese Kosten (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach den Sektoren Erzeugung, Netze, Speicher, Backupkapazitäten, Forschung und Entwicklung, energetische Gebäudesanierung und Mobilität)?



54. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Einsparsumme kommt die Bundesregierung für den Fall einer Umstellung der optionalen Direktvermarktung im Erneuerbare-Energien-Gesetz auf eine verpflichtende Direktvermarktung (ausgenommen Anlagen mit einer Leistung von unter 150 kW), und wie hoch wäre im Vergleich die Einsparsumme, wenn statt der Umstellung von der optionalen auf eine verpflichtende Direktvermarktung die Managementprämie für Neuanlagen (oberhalb einer Leistung von 150 kW) abgeschafft würde?
55. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die inländischen Treibhausgasemissionen nach den der Bundesregierung vorliegenden vorläufigen Zahlen im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (in Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten), und auf welche Faktoren führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück?
56. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie regelt das Betriebshandbuch des Atomkraftwerks Gundremmingen den Fall, dass einer von den beiden Notkühlsträngen, die gegen das Bemessungserdbeben ausgelegt sind, freigeschaltet werden muss, weil eine Reparatur oder Inspektion durchgeführt wird (z. B. Regelung, dass die Anlage in einem solchen Fall vorher abzufahren ist), und falls in einem solchen Fall die Anlage vorher nicht abzufahren ist, wie wird die Einzelfehlerfestigkeit der Notkühlung im Hinblick auf das Bemessungserdbeben gewährleistet?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

57. Abgeordnete  
**Inge  
Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche palästinensischen Stellen und Institutionen der Zivilverwaltung der Westbank sind in das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragene Projekt des Aufbaus eines Berufsbildungszentrums (<http://tinyurl.com/a5h6z5u>) in der besetzten Westbank in Kooperation mit dem Unternehmen ISCAR und der Zur-Lavon-Stiftung eingebunden, und welche Teilnehmerzielgruppe soll das Berufsbildungszentrum haben?

- 
58. Abgeordneter  
**Swen Schulz**  
**(Spandau)**  
(SPD)      Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Erfolgen der Fachhochschulen im Rahmen des Qualitätspakts Lehre?
59. Abgeordneter  
**Swen Schulz**  
**(Spandau)**  
(SPD)      Wie viele Anträge wurden in der jüngsten Antragsrunde der Förderlinie IngenieurNachwuchs eingereicht, und wie viele dieser Anträge wurden bewilligt?
60. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)      Wie viele Anträge wurden in der jüngsten Antragsrunde der Förderlinie SILQUA-FH (SILQUA: Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter) eingereicht, und wie viele dieser Anträge wurden bewilligt?
61. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)      Welche Erfolge hat die Förderung von Fachhochschulen im Rahmen der Förderaktivität PROFILNT (Profil – Neue Technologien) erbracht, und plant die Bundesregierung eine Fortsetzung der Förderung über das Jahr 2015 hinaus?
62. Abgeordnete  
**Ulla Burchardt**  
(SPD)      Wie viele Anträge mit welchem Antragsvolumen wurden in der Förderrunde 2012 für FHprofUnt eingereicht?
63. Abgeordnete  
**Ulla Burchardt**  
(SPD)      Wie viele Projekte mit welchem Gesamtförder­volumen wurden in der Förderrunde 2012 von FHprofUnt bewilligt?
64. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD)      Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass sich die Qualität der Förderanträge, die im Rahmen von FHprofUnt (Forschung an Fachhochschulen mit Unternehmen) eingereicht wurden, stetig verbessert hat, und welches Finanzvolumen wäre nach Einschätzung der Bundesregierung notwendig, um alle qualitativ hochwertigen Anträge im Rahmen von FHprofUnt zu bewilligen?

65. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik, die u. a. auch im Rahmen des öffentlichen Fachgesprächs des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages am 29. Februar 2012 dargelegt wurde, laut der die zusätzlichen Studienplätze an Fachhochschulen im Rahmen des Hochschulpaktes nicht ausreichend finanziert seien?
66. Abgeordnete  
**Marianne Schieder**  
(Schwandorf)  
(SPD) Sind der Bundesregierung Probleme beim Wechsel von Studierenden von einer Fachhochschule (FH) an eine Universität bekannt, und falls ja, welche Lösungen wären nach Einschätzung der Bundesregierung zielführend, um diesen Problemen zu begegnen?
67. Abgeordnete  
**Marianne Schieder**  
(Schwandorf)  
(SPD) Welche Hürden müssen nach Kenntnis der Bundesregierung FH-Absolventinnen und FH-Absolventen überwinden (z. B. Eignungsfeststellungen, zusätzliche Studienleistungen), um an einer Universität zu einer Promotion zugelassen zu werden?
68. Abgeordneter  
**René Röspel**  
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Beschäftigungsperspektiven von Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen im Vergleich zu Absolventinnen und Absolventen von Universitäten vor?
69. Abgeordneter  
**René Röspel**  
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen mit einem FH-Abschluss im vergangenen Jahr erfolgreich ein Promotionsverfahren abgeschlossen haben, und falls nein, plant die Bundesregierung, die für die Beantwortung dieser Frage notwendigen Daten zukünftig erheben zu lassen?
70. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD) In welchem Umfang sind der Bundesregierung – insbesondere auch bei der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung organisierten Veranstaltung „Viel erreicht, viel vor – das Deutschlandstipendium“ am 30. Mai 2012 – beim nationalen Stipendienprogramm unzulässige Einflussnahmen von Stipendiengebern bei der individuellen Bewerberauswahl, von denen die „taz.die tageszeitung“ am 20. Februar 2013 unter dem Titel „Die da bitte!“ berichtet – unter Angabe der ggf. ergriffenen Sank-

tionen – bekannt geworden, und wie viele Mittel wurden seit Beginn der 17. Legislaturperiode bis zum 31. Dezember 2012 im Einzelnen bislang für das Deutschlandstipendium in Summe jeweils in den Bundeshaushalt eingestellt, für Stipendien an Studierende verausgabt, für die Akquise, Schulungen, die Verwaltung sowie Werbemaßnahmen eingesetzt bzw. eingestellt, aber nicht verausgabt?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

71. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Hält die Bundesregierung an dem Ziel, den Primärenergiebedarf bis 2020 um 20 Prozent zu senken fest, und wie viel Prozent davon sind nach den neuesten der Bundesregierung vorliegenden Zahlen schon erreicht?
72. Abgeordneter  
**Manfred Grund**  
(CDU/CSU)      Wie hoch war die im Monat Januar 2013 in der Bundesrepublik Deutschland verbrauchte elektrische Arbeit in kWh bzw. MWh, und welchen Anteil daran hatte der durch Photovoltaik erzeugte Strom?
73. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Um wie viel Euro reduzieren sich bei heutigen Rohstoffpreisen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien nach den Zielen der Bundesregierung aufsummiert von 2000 bis 2030 die Importkosten für Öl, Gas und Kohle, und wie hoch ist die Gesamtsumme aller Steuern und Abgaben der durch den Ausbau der erneuerbaren Energien nach Studien der Bundesregierung heute 400 000 Arbeitsplätze von tausenden Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien im Zeitraum von 2000 bis 2030?
74. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welche konkreten Änderungen in Gesetzen, Verordnungen und anderen Rechtsetzungen plant die Bundesregierung in Bezug auf die Anwendung der Frackingtechnologie, und wann wird sie diese den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorlegen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

75. Abgeordneter  
**Dr. Hans-Peter Bartels**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Staatsministerin Cornelia Pieper am 20. Februar 2013 in ihrer 15-minütigen Rede beim Empfang des kosovarischen Botschafters in Berlin und der kosovarischen Regierung anlässlich der fünfjährigen Unabhängigkeit des Kosovo – bei sichtbarer Anwesenheit dreier ehemaliger deutscher KFOR-Befehlshaber – mit keinem Wort den Einsatz der KFOR-Truppen bzw. der Bundeswehr gewürdigt?
76. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über das Schicksal der Ende Januar 2013 im Iran verhafteten Journalistinnen und Journalisten vor ([www.guardian.co.uk/world/2013/jan/27/iranian-journalists-arrested-raids-newspapers](http://www.guardian.co.uk/world/2013/jan/27/iranian-journalists-arrested-raids-newspapers)), und welche Schritte hat sie unternommen, um sich für die Befreiung der unter scheinbar kaum haltbaren Anschuldigungen Inhaftierten einzusetzen?
77. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Informationen liegen der Bundesregierung zum Verbleib des deutsch-syrischen Doppelstaaters M. H. Z. vor, in dessen Fall sie nach eigenem Bekunden (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/10606) mehrfach bei der syrischen Regierung interveniert hat?
78. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung ungefähr – unabhängig davon, dass sie von Großbritannien darüber keine Notifizierung erhalten hat (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 59, Plenarprotokoll 17/221, Anlage 40) – von dem nuklearen Standortbewilligungs- und Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren für die beiden geplanten Reaktorblöcke in Hinkley Point erstmals erfahren, zum Beispiel durch Medienberichte, und welche Berichte hat die Bundesregierung von der deutschen Botschaft London über dieses Neubauvorhaben in Hinkley Point in dieser Wahlperiode erhalten (bitte mit Datumsangabe)?

79. Abgeordneter  
**Johannes Pflug**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Regierung von Bangladesch einzuwirken, um den Kindern der Flüchtlinge der Rohingya im Lager Cox's Bazar eine mindestens achtjährige Schulausbildung zu ermöglichen?
80. Abgeordneter  
**Johannes Pflug**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit der EU und ggf. den USA auf Bangladesch einzuwirken, dass die sogenannten Kontingentflüchtlinge der Rohingya in die aufnahmewilligen Staaten ausreisen dürfen, und inwiefern engagiert sich die Bundesregierung, dass die myanmarische Regierung den Rohingya-Flüchtlingen die Staatsbürgerschaft von Myanmar zuerkennt?
81. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.) Hat die Bundeskanzlerin auf ihrer aktuellen zweitägigen Türkeireise ([www.europeonline-magazine.eu/merkel-besucht-in-der-tuerkei-bundeswehr-und-trifft-staatsspitze\\_265431.html](http://www.europeonline-magazine.eu/merkel-besucht-in-der-tuerkei-bundeswehr-und-trifft-staatsspitze_265431.html)) sowohl gegenüber dem türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül und dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan die schweren Menschenrechtsverletzungen, die Verfolgung von Oppositionellen, kritischen Journalisten und Kulturschaffenden wie des weltweit bekannten Komponisten Fazil Say in der Türkei bei ihren Gesprächen mit deutlicher Kritik zur Sprache gebracht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

82. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.) Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zum Zustandekommen, zu Verhandlungspartnern und geplanten Inhalten eines Abkommens zur weiteren bilateralen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien mitteilen, das zwischen dem Innenministerium des Königreichs Saudi-Arabien und dem Bundesministerium des Innern verhandelt wird (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 17/12427), und welchen Inhalt hatte der Beitrag „Politische, soziale und kulturelle Auswirkungen von Wirtschaftskrisen“, den das Bundeskriminalamt auf der Jahreskonferenz des European Expert Network on Terrorism Issues (EENeT) in Budapest/Ungarn gehalten hat (vgl. die Antwort zu Frage 19d auf Bundestagsdrucksache 17/12427)?

83. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Mützenich**  
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung analog zu ihrem Vorgehen hinsichtlich der Frage der Visafreiheit mit den Vereinigten Arabischen Emiraten auch für eine europäische Regelung bei der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen einsetzen, und wann gedenken die Bundesminister des Innern und des Auswärtigen in dieser wichtigen Frage geschlossen gegenüber den europäischen Partnern initiativ zu werden?
84. Abgeordnete  
**Ingrid Hönlinger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche außerhalb der Bundesministerien verfassten Gesetzentwürfe hat die Bundesregierung vor dem 30. November 2012 zur Stellungnahme an Verbände versandt, und plant die Bundesregierung, in Zukunft Gesetzentwürfe, die sie nicht selbst verfasst hat, zur Stellungnahme an Verbände zu schicken?
85. Abgeordneter  
**Ingo Egloff**  
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum grundgesetzlich garantierten Auskunftsrecht für Medienvertreter gegenüber Bundesbehörden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung und der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht noch am Tag der Entscheidung eine andere Rechtsauffassung vertreten haben, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, um den verfassungsrechtlich geschützten öffentlichen Auftrag der Presse sicherzustellen?
86. Abgeordneter  
**Ingo Egloff**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht sie aus der Entscheidung, um den verfassungsrechtlichen Anspruch von Medienvertretern umzusetzen, und wann ist mit einer entsprechenden Initiative zu rechnen?

